Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Meß-Auflage 13,300.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 128. Mittwoch den 7. Mai 1884. 78. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Wir machen hierdurch auf die hierorts bestehende Bestimmung aufmerksam, wonach, wenn eine Familie mehr als drei Kinder zu gleicher Zeit zur Volksschule schickt, **auf Ansuchen der Eltern oder deren Stellvertreter** nur für die drei jüngsten Kinder Schulgeld erhoben werden soll.

Diese Bestimmung kann selbstverständlich dann keine Anwendung finden, wenn schon einem oder mehreren Kindern einer Familie freier Schulunterricht gewährt wird.

Leipzig, am 1. Mai 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Lehnert.

Waldgräserei-Verpachtung.

Donnerstag den **8. Mai d. Js.** sollen im Forstreviere **Rosenthal** die diesjährigen **Grasnutzungen** unter den im Termine näher bekannt zu machenden Bedingungen und gegen **sofortige Bezahlung** der Pachtsumme parcellenweise meistbietend verpachtet werden.

Zusammenkunft: Nachmittags 3 Uhr am Gohliser Wehre am Rosenthal.

Leipzig, am 1. Mai 1884.

Des Raths Forst-Deputation.

Auctionslocal des Königl. Amtsgerichts.

Zur Versteigerung sollen

Donnerstag, den 8. Mai und ev. den folgenden Tag von 10 Uhr Vormittags bez. 3 Uhr Nachmittags an 1 Geldschrank, 1 Pianino, 1 Billard, 3 Gaskronen, 1 Fontaine, 2 Zinkornamentfiguren, 1 Siemens'scher Brenner, 1 kupferner Bratofen, 1 Aquarium, 1 Copirpresse, Nähmaschinen, Schraubstöcke, 1 Bohrmaschine, 1 **Drehbank**, 1 Blasebalg, 1 Ambos, **1 vierrädriger Handwagen,** ferner **Portefeuille- und Sattlerwaaren,** insbesondere Brieftaschen, Portemonnaies, Albums, Handkoffer, Tornister, Schultaschen &c., ingleichen eine größere Anzahl Möbel, darunter Gartenmöbel, **Wiener Stühle, Tische, Comptoirmöbel,** verschiedenartige **Schränke, Commoden, Sophas,** Bettstellen mit Matratzen, Ladentische und Regale und dergleichen mehr, **Wand- und Taschenuhren, Regulateure, Spiegel, Teppiche, Bilder, Hängelampen, Federbetten, Leibhausscheine, Kleidungsstücke, Biergläser, Fässer,** sowie 2 leichte Kutschwagen, 9 Stück Sohlenleder und verschiedene andere Gegenstände, gelangen.

Leipzig, den 5. Mai 1884.

Bietsch, Gerichtsvollzieher.

Bekanntmachung Schulneubau betr.

Die **Tischler-, Schlosser-, Maler- und Lackirerarbeiten zum Schulneubau in Neustadt bei Leipzig** sind zur **Submission** gegen Vorbehalt der Auswahl unter den Submittenten zu vergeben.

Kostenanschläge sind im Gemeindeamte **zu Neustadt** zu entnehmen, woselbst auch die **Zeichnungen und Bedingungen** zur Einsichtnahme ausliegen.

Die **Kostenanschläge** sind **bis zum 16. Mai dss. Js.** Abends 6 Uhr unter der Aufschrift **„Schulneubau"** versiegelt bei dem **Gemeindeamte zu Neustadt** wieder einzureichen.

Schönefeld, den 5. Mai 1884.

Der Schulvorstand.
Gem.-Vorst. Dietrich, Vorsitz.,
mit Wohnsitz in Neustadt b. L.

Nichtamtlicher Theil.

Die Nordbahnfrage in Oesterreich.

* Seit mehr als einer Woche hat sich in Wien und ganz Oesterreich das öffentliche Interesse von der inneren und äußeren Politik abgewendet, um sich ausschließlich mit einer wirthschaftlichen Frage von jedenfalls hoher Bedeutung zu beschäftigen. Es handelt sich darum, ob die österreichische Nordbahn, die älteste, erträgnißreichste Eisenbahnlinie Oesterreichs, deren Privilegium sich dem Ablaufe nähert, nach diesem verstaatlicht oder auch fernerhin im Privatbetriebe belassen werden soll. Diese Frage hat in Wien und Oesterreich einen Agitationssturm hervorgerufen, wie er dort schon lange Zeit nicht dagewesen ist, ja die Bewegung, welche von Tag zu Tag einen größeren Umfang annimmt, droht die bisherigen politisch-parlamentarischen Verhältnisse Oesterreichs ganz bedenklich zu erschüttern und neuen Parteigruppirungen Bahn zu brechen. In den gesammten Volks- und Wählerkreisen hat man sich seit Wochen unbedingt und mit großem Nachdrucke für die Verstaatlichung der Nordbahn ausgesprochen; man hielt massenhaft besuchte Volksversammlungen, in denen man auf die Verstaatlichung der deutschen Eisenbahnen hinwies, dafür dem Fürsten Bismarck begeisterte Hochrufe ausbrachte und Jedermann in Oesterreich für einen Volksfeind erklärte, der nicht für die Verstaatlichung der Nordbahn stimmen wolle. Diese Aeußerungen sind nicht als bloße Phrasen zu betrachten, wie man solche oftmals in Volksversammlungen zu hören Gelegenheit hat, sondern es sind jenen entscheidend praktische Thaten sofort auf dem Fuße gefolgt.

Der deutsch-liberale Wiener Abgeordnete Dr. Kopp, der seit vielen Jahren im Reichsrathe den Wahlbezirk Mariahilf vertritt, konnte sich nicht entschließen, der Verstaatlichungsfrage der Nordbahn gegenüber eine zustimmende Haltung anzunehmen, was seitens seiner Wähler zu einer stürmischen Versammlung führte, die ihm, Dr. Kopp, in so nachdrücklicher Weise ihr Mißtrauen aussprach, daß er sein Abgeordneten-Mandat sofort niederlegen mußte. Von solchen Mißtrauens-Kundgebungen seitens der Wähler sind auch noch andere Reichsrathsabgeordnete bedroht, welche noch immer zögern, für die Verstaatlichung der Nordbahn einzutreten. Sogar über den deutschböhmischen parlamentarischen Veteran und Exminister Dr. Herbst zieht sich ein Ungewitter zusammen, weil er in jener Frage noch nicht Stellung genommen hat. Seine Wähler in Rumburg-Schluckenau haben bereits in unzweideutiger Weise erklärt, daß er unbedingt für die Verstaatlichung eintreten oder sein Mandat niederlegen müsse. Mit einem Wort, die Bewegung zu Gunsten der Verstaatlichung zieht immer weitere Kreise und nimmt das Interesse der gesammten Bevölkerung vollauf in Anspruch.

Im Allgemeinen werden in Oesterreich für die Verstaatlichung der Eisenbahnen dieselben Gründe geltend gemacht, denen Fürst Bismarck in Deutschland zum Durchbruche verhalf. Was speciell die österreichische Nordbahn betrifft, so werden gegen diese im Abgeordnetenhause zu Wien und im Kreise der Bevölkerung Oesterreichs so schwere Anklagen vorgebracht, daß man wirklich nicht zu begreifen vermag, wie gewisse liberale Abgeordnete sich gegen die Verstaatlichung noch ablehnend verhalten können. In dieser Beziehung waren in den jüngsten Sitzungen des österreichischen Reichsrathes die Ausführungen der entschieden liberalen Partei sehr bemerkenswerth, welche selbstverständlich die Verstaatlichung unbedingt befürwortet. Jene Ausführungen haben auch für Deutschland um so mehr Interesse, weil sie in der Verstaatlichungsfrage den Ideen und volksfreundlichen Absichten des Fürsten Bismarck völlig zustimmen und von der Durchführung seines Programms in Oesterreich auch für dieses die größten Vortheile erwarten. Für die Anhänger der Verstaatlichung der Nordbahn liegt die Frage ganz klar und einfach. Am 4. März 1886 erlischt das der österreichischen Nordbahngesellschaft, beziehungsweise einer mächtigen internationalen Finanzgruppe verliehene Privilegium, das unter keinen Umständen mehr erneuert werden dürfe. Nur durch die Verstaatlichung der genannten Bahn könne den Wünschen und Beschwerden der gesammten Bevölkerung in dieser Frage volle Rechnung getragen werden. Es sei Thatsache, daß die Nordbahn-Gesellschaft seit ihrem Bestehen den Staat und die Bevölkerung systematisch ausbeute, weshalb von einer Erneuerung des Privilegiums durchaus nicht die Rede sein könne. Aus diesen Gründen stimme in Oesterreich Alles für die Verstaatlichung, ja noch in keiner Frage seien die Völker Oesterreichs so einig gewesen, wie in dieser. Es müsse nun endlich auch in Oesterreich Stellung genommen werden gegen die Macht des internationalen Capitals, und der Staat muß Herr im eigenen Hause bleiben, wenn er, wie es seine Pflicht ist, das Wohl und die Interessen seiner Angehörigen wirklich zu schützen beabsichtigt. Diese staatsmännische Pflicht habe auch die größte, gewaltigste politische Autorität unseres Jahrhunderts, Fürst Bismarck, erkannt, der bekanntlich gegen die Ausbeutung des Volkes, zumal der unteren Schichten, eine entschieden abwehrende Stellung eingenommen und sich dafür die Volksmassen Deutschlands zu großem Danke verpflichtet hat. Man müsse deshalb auch in Oesterreich dafür eintreten, daß alle öffentlichen Anstalten, die dem allgemeinen Interesse zu dienen haben, in die Verwaltung des Staates übergehen, und zumal müsse man den von Fürst Bismarck aufgestellten Grundsätzen bezüglich der Verstaatlichung der Eisenbahnen auch in Oesterreich rückhaltlos zustimmen. — Im österreichischen Reichsrathe wird nun weiter die Frage aufgeworfen, wie es sich mit den Interessen der steuerzahlenden Bevölkerung vertrage, wenn nur in finanziellen Nöthen befindliche Eisenbahnen verstaatlicht werden, während die Nordbahn, die wahrhaft colossale Erträgnisse abwirft, im Besitze einer Privatgesellschaft verbleiben soll? Durch die Verstaatlichung würde zur Ordnung der österreichischen Staatsfinanzen ein entscheidender Schritt gethan werden, weil der Staat unleugbar besser verwaltet als Privatgesellschaften; die Erträgnisse würden alsdann der Gesammtheit, aber nicht, wie es bisher geschehen, Einzelnen zufallen. — Schließlich wird noch auf das Kohlenmonopol der Nordbahn hingewiesen, das namentlich die arme Bevölkerung Wiens ausbeute, während es einzelne Leute zu Millionären gemacht habe. Schon dieses Kohlenmonopol allein wäre ein ausreichender Grund, für die Verstaatlichung der Nordbahn zu stimmen.

Es würde hier zu weit führen, alle übrigen Anklagen gegen die Nordbahn zu erwähnen, welche nur ein speciell österreichisches Interesse besitzen. Aber von der großen Bewegung, welche die Verstaatlichungsfrage in Wien und ganz Oesterreich hervorgerufen, muß jedenfalls Notiz genommen werden, weil sie nicht allein einen wirthschaftlichen, sondern auch entschieden politischen Charakter besitzt, welcher ganz nachdrücklich gegen gewisse innere Zustände, politische und parlamentarische Parteiverhältnisse Front zu machen und dieselben gründlich zu verändern droht. Daß das Parteiwesen im österreichischen Parlamente und auch außerhalb desselben kein normales und nicht selten Interessen verfolgt, die entweder mit dem eigentlichen Parteistandpuncte gar nichts zu thun haben, oder diesem sogar direct zuwiderlaufen, ist leider längst eine bekannte Thatsache geworden. Diese springt den Wählern und der gesammten Bevölkerung gerade wieder gegenwärtig, gelegentlich der auf die Nordbahn bezüglichen Verstaatlichungsfrage in die Augen, ja das Mißtrauensvotum, welches den Abg. Kopp zur Verzichtleistung auf sein Mandat zwang, hat wieder einmal bewiesen, wie tiefgehend in Oesterreich gerade in manchen wichtigen Fragen die Meinungsverschiedenheit zwischen den Wählern und ihren Abgeordneten ist. Was diese betrifft, so kann in ähnlichen Fällen, wie der eben erwähnte, weniger von ihrer Meinungsverschiedenheit als vielmehr von ihrer persönlichen Interessenpolitik gesprochen werden, die auch den Abgeordneten Kopp ruhmlos zu Fall brachte. Diese und noch manche andere Anzeichen scheinen jedenfalls darauf hinzuweisen, daß die durch die Verstaatlichungs-Frage hervorgerufene politisch-wirthschaftliche Bewegung für die Zukunft Oesterreichs nicht zu unterschätzen ist.

Leipzig, 7. Mai 1884.

* Der nationalliberale Parteitag zu Berlin ist, wie schon telegraphisch erwähnt, auf Sonntag, den 18. Mai, verschoben. Veranlassung dazu gab in erster Linie der Umstand, daß die Herren von Bennigsen und Miquel, ersterer durch unaufschiebbare Geschäfte der hannoverschen Provinzialverwaltung, letzterer durch Unwohlsein, verhindert sind, zu dem Anfangs festgesetzten Tage in Berlin anwesend zu sein und auf die Theilnahme dieser beiden Herren allerseits der größte Werth gelegt wird. Es kam auch hinzu, daß auf den zuerst in Aussicht genommenen Tag gerade die große Socialistendebatte im Reichstag fällt und die voraussichtlich sehr langwierige und abspannende parlamentarische Debatte an demselben Tage wie die Delegirtenversammlung der Partei nicht als ein günstiges Zusammentreffen betrachtet werden konnte. Der Parteitag wird also Sonntag, den 18. Mai, Mittags zu Berlin stattfinden; nähere Angaben über Zeit und Ort werden alsbald erfolgen. Die ausgetheilten Eintrittskarten behalten ihre Gültigkeit.

* Die Socialistengesetzcommission trat am Montag zur Feststellung des Berichts zusammen. Bekanntlich ist der einzige positive Antrag, den die Commission zu stellen hat, der auf Annahme der Resolution, betreffend Maßregeln gegen Mißbrauch mit Sprengstoffen. Die zweite Berathung im Plenum wird voraussichtlich zwei Tage in Anspruch nehmen. Man nimmt an, daß das Centrum seine in der Commission gestellten Abänderungsanträge auch im Plenum wieder einbringen wird.

* Der Großherzog von Hessen hat sich, wie die „National-Zeitung" aus Darmstadt erfährt, am 30. v. M. in Darmstadt mit Alexandrine von Kalemine in morganatischer Ehe verbunden. Die Erwählte des Großherzogs ist am 18. November 1853 als Tochter des Grafen Adam von Hutten-Czapski, kaiserlich russischem Kammerherrn, geboren; sie verheirathete sich am 21. Februar 1873 mit dem kaiserlich russischen Kammerjunker, Collegienrath und Botschaftssecretair Alexander von Kalemine, der der russischen Gesandtschaft in Darmstadt zugetheilt gewesen und dieselbe auch eine Zeit lang als Ministerresident geleitet hat; die Lösung dieser Ehe ist erst vor etlichen Monaten erfolgt. — Das Gerücht von einer derartigen Absicht des Großherzogs war schon seit längerer Zeit verbreitet; man war jedoch in den dem Großherzoge nahe stehenden fürstlichen Kreisen der Meinung, daß, wenn nicht eine Sinnesänderung eintrete, der Entschluß erst in späterer Zeit zur Ausführung gelangen dürfte. Gereift ist derselbe erst nach der wiederholten Verwerfung der englischen Bill, welche die Verheirathung eines Wittwers mit der Schwester der verstorbenen Frau gestatten sollte. Bis dorthin hatte man als feststehende Thatsache ansehen dürfen, der Großherzog werde sich mit der jüngsten Tochter der Königin von England, Beatrice, verheirathen. Der Act der Eheschließung fand am 30., bald nach der kirchlichen Trauung der Prinzessin Victoria, im Geheimen statt.

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt officiös: „Wir haben bereits neulich darauf hingewiesen, daß die polonisirende Presse, nachdem die Aussicht auf ein Zerwürfniß zwischen Deutschland und Rußland endgültig geschwunden ist, ihr politisches Programm in der Weise durchzuführen sucht, daß sie sich bemüht, zwischen Deutschland und Oesterreich Mißtrauen hervorzurufen. Einen Beleg dafür liefert neuerdings der „Czas". Das Krakauer Blatt läßt sich aus Petersburg melden, Fürst Bismarck habe den Prinzen Reuß beauftragt, das Wiener Cabinet darauf aufmerksam zu machen, daß die allzu große Begünstigung des polnischen Elements in Oesterreich eine Gefahr für Deutschland und Rußland bilde. Diese Weisung an den kaiserlichen Botschafter in Wien soll sich, dem „Czas" zufolge, auch auf die Zusammensetzung des cisleithanischen Ministeriums beziehen. Die „Neue Wiener Presse" bezeichnet die Nachricht als sehr unwahrscheinlich. Wir brauchen wohl kaum hinzuzufügen, daß dieselbe vollständig aus der Luft gegriffen ist."

* Die Idee einer administrativen Theilung Böhmens, die von den Deutschen dieses Kronlandes mit immer stärkerem Nachdruck gefordert wird, beginnt jetzt, und zwar zunächst in dem Antrage auf Zweitheilung des Landesculturrathes, Gestalt anzunehmen. Diese Institution ist in ihrer gegenwärtigen Form erst unter dem Ministerium Taaffe geschaffen worden und hat ihre Entstehung den deutschen landwirthschaftlichen Vereinen Böhmens, namentlich dem Leitmeritzer landwirthschaftlichen Bezirksvereine, zu verdanken. Als vor fünf bis sechs Jahren sich in Böhmen vorübergehend eine versöhnliche Stimmung geltend machte, als damals viele Männer mit der Ansicht hervortraten, daß vor Allem auf dem wirthschaftlichen Gebiete eine Verständigung zwischen Deutschen und Czechen herbeigeführt werden könne, da wurde der Landesculturrath, der vorher nur eine bureaukratische Körperschaft gewesen war, reorganisirt, und beide Stämme erwarteten von der Wirksamkeit der neuen Centralbehörde einen segensreichen Einfluß auf die böhmische Landwirthschaft. Obwohl zum Präsidenten des Landesculturraths einer der hervorragendsten czechisch-feudalen Parteimänner — Fürst Karl Schwarzenberg — ernannt wurde und im Ausschusse des Landesculturrathes auch sonst zahlreiche Parteigänger der Feudalen und Czechen saßen, brachte man doch von deutscher Seite der neuen Körperschaft kein Mißtrauen entgegen, weil man erwartete, daß die Mitglieder derselben ihren politischen und nationalen Standpunct bei der Berathung landwirthschaftlicher Angelegenheiten ganz beiseite setzen würden. Leider sind die Deutschen enttäuscht worden; sie haben abermals die Erfahrung gemacht, daß die Czechen immer nur ihren nationalen Standpunct in den Vordergrund stellen und den Feudalen zu liebe selbst gegen ihre Ueberzeugung in rein fachlichen Fragen stimmen. Die immer unverhüllter zu Tage tretende feudale Tendenz im Landesculturrathe hatte die deutschen Landwirthe bereits seit einiger Zeit mißtrauisch gemacht. Als bei der Plenarversammlung am 29. März trotz des Widerspruchs der deutschen Bauernvertreter ein Antrag angenommen wurde, welcher die Erleichterung der Errichtung und Vergrößerung der Fideicommisse befürwortete, und als vor Kurzem im böhmischen Landes-Ausschusse ein Gesetzentwurf zur Berathung gelangte, welcher bezweckt, den Landesculturrath auf gesetzlichem Wege zu einem Landes-Institut zu machen und in demselben den Czechen und Feudalen für immerwährende Zeiten die Majorität zu sichern, da wurde es den Deutschen klar, daß ihres Bleibens nicht mehr länger in diesem Landesculturrathe sein könne, und die deutschen Landes-Ausschußmitglieder beantragten die Zweitheilung des Landesculturrathes; von der czechisch-feudalen Majorität des Landes-Ausschusses wurde dieser Antrag verworfen. Sollte die Zweitheilung des böhmischen Landesculturrathes nicht erreicht werden, dann gedenken die zahlreichen deutschen landwirthschaftlichen Vereine zur Gründung eines Centralverbandes dieser Vereine zu schreiten.

* Das von der radicalen Partei in Norwegen ausgesprengte Gerücht, das schwedisch-norwegische Ministerium des Auswärtigen habe sich in Anlaß des norwegischen Conflictes an fremde Regierungen gewandt, hat den Minister Hochschild in Stockholm veranlaßt, an den Staatsrath Manfeldt in Christiania folgendes Schreiben zur Uebermittelung an den Storthing zu richten:

Königliche Regierungs-Abtheilung des Auswärtigen. Stockholm, 29. April 1884. Herr Staatsrath! Aus den von Christiania angekommenen Zeitungen ersehe ich mit Erstaunen und Verwunderung, daß der albernste Bericht über geheime Unterhandlungen mit dem Auslande, um fremde Agenten und Regierungen in die bedeutungsvolle Verwickelung zu mischen, die jüngst zu einem Reichsgerichte gegen eine norwegische Regierung führte, noch nicht als voll widerlegt angesehen wird durch die Erklärung, welche in der „Post-och Inrikes-Tidningar" veröffentlicht wurde, und daß das Gerücht nachher sowohl in Norwegen wie in Schweden noch verbreitet worden ist. Daraus mußte ich den Schluß ziehen, daß die Erklärung nicht deutlich oder nicht umfassend genug gewesen, oder auch, daß ein neues Gerücht aufgetaucht ist, seitdem sie abgegeben worden. Die Widerlegung in der „Post-och Inrikes-Tidningar" war veranlaßt durch eine von einigen Stockholmer Zeitungen vorgebrachte und von einer Gothenburger Zeitung wiederholten Erzählung von einer unerhörten und, ich trage kein Bedenken, es zu sagen, verbrecherischen Anfrage darüber, in wie weit gewisse genannte fremde Mächte willig wären, sich in den fraglichen Conflict zu mischen. Die Gesandten der Vereinigten Reiche in Berlin und Petersburg, wie auch zwei in den vereinigten Reichen beglaubigten Gesandten, von denen der eine jetzt dahingeschieden ist, wurden als diejenigen genannt, welche den Auftrag gehabt hätten, die eine solche eventuelle Einmischung betreffende Mittheilung vorzubringen. Anderes wurde nicht gesagt; anderes brauchte daher auch nicht widerlegt zu werden. Es geht indessen aus der Darstellung der Storthingsverhandlungen in der verflossenen Woche hervor, daß einige Storthingsmitglieder sich immer noch vorstellen, daß Unterhandlungen zu obgenanntem Zwecke stattgefunden haben, und da ich nicht glauben kann, daß die Aeußerungen dieser Abgeordneten einen für mich beleidigenden Zweifel an der Wahrhaftigkeit der von mir verfaßten und durch mich in der „Post-och Inrikes-Tidningar" veröffentlichten Widerlegung enthalten, muß ich annehmen, daß sie es als möglich ansehen, mit fremden Regierungen auf einem andern Wege Unterhandlungen zu führen als auf dem amtlichen, und daß dies geschehen sei. Nur die vollkommenste Unkenntniß der internationalen politischen Verhältnisse, wie sie wirklich sind, kann als eine annehmbare Erklärung dafür angeführt werden, daß Männer, welche von ihren Mitbürgern den wichtigen Auftrag erhalten haben, an der Gesetzgebung ihres Vaterlandes theilzunehmen, und von denen man demnach voraussetzen muß, daß sie im Besitz von Verstand und Bildung seien, kein Bedenken getragen haben, mit dem Gewichte ihres Wortes zur Verbreitung einer Verdächtigung beizutragen, deren Beschaffenheit darzulegen ich nicht nöthig habe. Wenn die Anklage, welche die Verdächtigung enthält, offen in der Presse über und gegen den geringsten Mann ausgesprochen würde, wäre dieser berechtigt, gesetzlich Genugthuung zu suchen. In verdeckten Redensarten gegen den vorgebracht, dessen Person im Gesetze besonders geschützt ist, dürfte die Verleumdung eben wegen der größeren Strenge der Strafe dem Urtheile des allgemeinen Rechtsbewußtseins und der unbefleckten Geschichte zu überlassen sein. Wenn in einer Nationalversammlung wieder Beschuldigungen wegen verrätherischer Umtriebe leichtsinnig gegen denjenigen und man kann sagen gefallene Gegner geschleudert werden, deren ganzes verflossenes Leben ein Bürge für ihre Ehrenhaftigkeit ist, ist dies ein trauriger Beweis dafür, wie die Leidenschaft, wenn auch nur für eine kurze Zeit, den Blick verdunkeln und den Rechtssinn irre leiten kann. Mit vollkommener Gewißheit versichere ich, daß alle Gerüchte, sei es über amtliche oder nichtamtliche Erörterungen oder Unterhandlungen zum Zwecke der Einmischung einer fremden Macht in die inneren Verhältnisse der Vereinigten Reiche unwahr sind. Ich erlaube mir, meine persönliche Bekanntschaft mit dem Herrn Staatsrath zu benutzen, Sie zu bitten, Ihren Collegen im Storthing mitzutheilen, was ich geschrieben habe. Sollten der Herr Staatsrath wünschen oder es als möglich ansehen, daß der Inhalt dieses Briefes auch Andern bekannt würde als Storthingsmitgliedern, gebe ich meine Einwilligung zu dem, was Sie zu diesem Zwecke als angemessen ansehen. Genehmigen Sie u. s. w. Hochschild.

* Man schreibt der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" aus Paris: „Daß die französische Presse mit unverhohlener Befriedigung alle Tendenzen verzeichnet, welche gegen die erprobten Einrichtungen des deutschen Heeres gerichtet sind, kann Niemanden Wunder nehmen. Es ist deshalb nur zu begreiflich, daß französische Blätter ihren Lesern von solchen Tendenzen mit ganz besonderer Genugthuung dann Kenntniß geben, wenn erwählte Vertreter des deutschen Volkes im Parlamente selbst sich zu den Trägern dieser Bestrebungen machen. So hat man denn hier auch die neuesten Bemerkungen des Abgeordneten Richter über die Zusammensetzung des deutschen Officiercorps nicht ohne lebhafte Freude bemerkt. Der bonapartistische „Pays" gefällt sich in der Behauptung, die militairischen Ansichten des Führers der Fortschrittspartei würden im Laufe der Zeit doch noch einmal in Deutschland praktische Verwerthung finden, und sei es deshalb erlaubt, schon jetzt den Verfall des deutschen Heeres vorherzusagen. Wenn man den Abg. Richter in Gegenwart des Feldmarschalls Grafen Moltke den Ansichten dieses Letzteren diametral entgegenstehende Behauptungen aufstellen sehe, so dürfe man in solchem Gebahren den dunklen Punct am Horizont erkennen, von dem der deutschen Armee Gefahr einstmals drohen werde. Es versteht sich von selbst, daß das französische Blatt, das dem Abg. Richter für die deutsche Armee wohl gern einen entscheidenden Einfluß anvertrauen würde, seinem eigenen Vaterlande die genaue Befolgung der Ansichten des Feldmarschalls Moltke dringend anempfiehlt."

* Die französische Regierung veranlaßt gegenwärtig auf Grund der Consularberichte die Veröffentlichung von Winken, Warnungen und Rathschlägen an die französischen Industriellen. Die jüngst erschienene Nummer des zu diesem Behuf gegründeten Organs „Le Moniteur du Commerce" macht die französischen Weinhändler auf die starke Concurrenz ihrer deutschen Collegen in Holland, namentlich in Rotterdam, aufmerksam. „Die hiesigen Deutschen", meldet der dortige Consul, „nehmen einen sehr hervorragenden Platz ein; man zählt sie nach Tausenden, die hier festen Fuß gefaßt und an der großen Geschäftsbewegung mehr oder weniger betheiligt sind. Sie unterstützen sich gegenseitig, sorgen für den Austausch von Informationen, ebnen sich die Wege und bekunden überhaupt einen bemerkenswerthen Geist der Zusammengehörigkeit". Nach demselben Blatte beträgt die Zahl der in Mexiko ansässigen Franzosen 2500, die jährlich 135 Millionen Francs in Geschäften umsetzen.

* Zwei Pariser Journale: „Le Pays" und „La France", bringen die Notiz, der deutsche Botschafter Fürst Hohenlohe habe Herrn Jules Ferry mitgetheilt, die Sendung des Generals Galliffet zu den Manövern in Deutschland werde in Berliner militairischen Kreisen günstig aufgenommen, und es sei aus dem Grunde wahrscheinlich, daß der Kriegsminister den genannten Officier für jene Mission designiren werde. General Galliffet nimmt in der französischen Armee seit vielen Jahren eine hervorragende Stellung ein; er hat sich während des letzten Krieges ausgezeichnet und erfreut sich des wohlverdienten Rufes eines vornehmen Mannes und eines ebenso umsichtigen wie tapferen Soldaten. Unter diesen Umständen unterliegt es keinem Zweifel, daß er bei unseren Officieren, die seine Eigenschaften zu schätzen wissen, sympathische und kameradschaftliche Aufnahme finden und daß man seine interessante Persönlichkeit auch in diplomatischen Kreisen gern begrüßen würde. Die „N. A. Z." hat deshalb keinen Grund, die Richtigkeit der von den französischen Zeitungen gebrachten Mittheilung in Frage zu stellen.

* Der „Agence Havas" zufolge soll die spanische Regierung den Beweis dafür in Händen haben, daß ein Plan bestand, die Telegraphendrähte auf den wichtigsten Eisenbahnen Spaniens zu durchschneiden und den Verkehr der Züge zu verhindern; auf den Strecken Lerida-Gerona und

SLUB
Wir führen Wissen.